

Antragsteller*innen: LAG Gesundheit und Soziales, Inge Höger, Otto Ersching

Antrag an den Landesparteitag NRW am 26./27. Sept. 2020

Wir beantragen, eine Resolution zur Unterstützung der Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser:

Resolution

Unterstützung der Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!

DIE LINKE. NRW unterstützt die Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE! Und sammelt Unterschriften für die Volksinitiative, um den Landtag aufzufordern, sich mit dem Inhalt der Initiative zu beschäftigen.

Die Volksinitiative fordert gesunde Krankenhäuser

- Die an den Bedarfen der Patient*innen und an guter Qualität und nicht an Gewinnen orientiert sind, patientenorientiert, barrierefrei und selbsthilfefreundlich. Gesundheit ist keine Ware, sondern eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Wohnortnah und bedarfsorientiert, den Erhalt aller Kliniken, solange die Gesundheitsversorgung nicht wohnortnah und bedarfsgerecht sichergestellt ist. Aktuell hat sich gezeigt, dass es eher zu wenig als zu viele Krankenhäuser gibt, auch wenn die Landesregierung in einem Gutachten vom Herbst 2019 behauptet, es gäbe zu viele Krankenhäuser in NRW.
- Mit voller Finanzierung der Investitionskosten durch das Land NRW für alle Krankenhäuser und ein Sonderprogramm zur Behebung des Investitionsstaus von aktuell über 12,5 Mrd. € bis 2024. Krankenhausgebäude und deren Ausstattung zu erhalten und zu modernisieren, ist gesetzlich geregelte Aufgabe des Landes, dem es schon seit Mitte der 90er Jahre nicht mehr nachkommt.
- Mit guten Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten. „Mehr von uns ist besser für alle“ war die Kurzfassung des Kampfes in der Charité und vielen anderen Krankenhäusern auch in NRW für Entlastung und mehr Personal, für eine gesetzliche Personalbemessung in Krankenhäusern, die eine gute Versorgung für alle sicherstellt. Zu einer guten Versorgung tragen alle Berufsgruppen im Krankenhaus bei. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Deutsche Pflegerat und ver.di fordern eine gesetzliche Personalbemessung PPR 2.0, die möglichst schnell auf allen Stationen umgesetzt werden muss.
- Ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen – ohne Profite durch Abschaffung der Fallpauschalen. Seit der Umstellung 2003 auf die Finanzierung werden nicht mehr die Kosten der Krankenhäuser finanziert, sondern sie erhalten pro Behandlungsfall eine Pauschale die die durchschnittlichen Kosten abdecken soll. Um die Behandlungskosten gering zu halten und an den Patient*innen zu verdienen, wird am Personal gespart und werden Patient*innen zu früh entlassen bzw. Privatkliniken nehmen schwere Fälle möglichst nicht auf, während kommunale Häuser einen Versorgungsauftrag haben. Außerdem werden lukrative Operationen wie Hüft- und

Knieoperationen oder Kaiserschnitte häufiger durchgeführt als medizinisch notwendig. Die Fallpauschalen müssen abgeschafft und die tatsächlichen Kosten einschließlich der Bevorratung von Betten für Not- und Katastrophenfälle wie Grippeepidemien oder Corona und auch Schutzausrüstung refinanziert.

Die fortlaufenden Änderungen der Krankenhausgesetzgebung auf Bundesebene – insbesondere die Krankenhausfinanzierung durch Fallpauschalen und das Vorhaben der NRW-Landesregierung, die Krankenhauslandschaft in NRW komplett umzustrukturieren, Krankenhäuser in der Fläche zu schließen und die Versorgung auf wenige Großkliniken zu konzentrieren, lassen schlimme Auswirkungen auf die Versorgung der Einwohner*innen befürchten. In Zeiten von Corona-Erkrankungen hat sich gezeigt, wie gut es ist, dass es noch flächendeckend und wohnortnah Krankenhäuser mit ausreichend Intensivbetten gibt. Wenn die Pläne von Bertelsmann oder Gesundheitsminister Laumann zum Abbau von Krankenhäusern bereits umgesetzt wären, hätten wir eine Überlastung des Gesundheitswesens gehabt wie in Italien oder Spanien. Aber es hat sich auch gezeigt, dass durch die Fallpauschalen das Vorhalten von Betten für eine Epidemie oder von Schutzausrüstung nicht finanziert wird und das Freihalten von Betten die Krankenhäuser in finanzielle Probleme bringt.

Aus gesundheitspolitischer Sicht darf aber ein System nicht aufrechterhalten werden, das längst ein Hemmschuh für eine gute Versorgung ist. Es darf nicht sein, dass die gerade noch so dringend benötigten Krankenhäuser entweder unfreiwillig pleitegehen oder durch das Festhalten der Regierung an den Fallpauschalen und durch die Planungen von Zentralkliniken geschlossen werden. Gerade hat sich gezeigt, wie dringend notwendig es ist, Krankenhausbetten für Not- und Katastrophenfälle vorrätig zu haben. Alle Krankenhäuser müssen erhalten, und in öffentliche Trägerschaft überführt, die Fallpauschalen abgeschafft werden. Gesundheit ist keine Ware!

DIE LINKE setzt sich in der Pflegekampagne ein für:

- **Abschaffung der Fallkostenpauschalen (DRG) und Ersetzung durch bedarfsgerechte Finanzierung (Selbstkostendeckungsprinzip)**
- **500 Euro mehr Gehalt für Pflegekräfte als Einstieg in bessere Bezahlung aller Beschäftigten im Gesundheitswesen**
- **Bedarfsgerechte Personalbemessung und jeweils 100.000 Pflegekräfte mehr in Krankenhaus und Altenpflege**
- **Gewinnverbot in Krankenhäusern und Rückführung von Krankenhäusern, ihren Subunternehmen und Ausgliederungen in öffentliche und gemeinnützige Hand**

Deshalb unterstützen wir die Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!